

# ***Niederschrift***

über die Sitzung

des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses

am Dienstag, 28. August 2007 um 19:00 Uhr

in der Cafeteria des Rathauses in Goddelau

---

## **Tagesordnung:**

- TOP 1**      Protokoll vom 19. Juni 2007
- TOP 2**      Bericht des Magistrats
- TOP 3**      Anzeigen nach § 26 a HGO (Bericht des Stadtverordnetenvorstehers)
- TOP 4**      Vorbereitung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 30. August 2007
- TOP 5**      Anfragen

<b>Ausschussmitglieder:</b>	Dey, Mathias Amend, Werner Bock, Hans-Dieter Fiederer, Patrick Heinrichs, Margit Kummer, Norbert Schork, Günter Selle, Peter W. Spartmann, Peter	stellv. Vorsitzender
<b>Magistrat:</b>	Kummer, Gerald Zettel, Erika Bonn, Werner Buhl, Günter Effertz, Karlheinz Fischer, Thomas Hellwig, Harald Krug, Heinz Schaffner, Norbert	Bürgermeister Erste Stadträtin
<b>Präsidium:</b>	Kraft, Richard Schellhaas, Petra	
<b>Beratende Stimme gem. § 62, Abs. 4 HGO:</b>	Dr. Grafenstein, Andreas	
<b>Verwaltung:</b>	Röhrig, Regine Stowasser, Barbara Benz, Harald	Leiterin Finanzverwaltung Umweltamt Immobilienbetrieb
<b>Schriftführer:</b>	Fröhlich, Rainer	Parlamentsbüro

4 Zuhörer/innen

1 Vertreter der Presse

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21.35 Uhr

Der stellvertretende Vorsitzende, Mathias Dey, eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt er fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen worden ist und die zu fassenden Beschlüsse somit rechtsgültig zustande kommen.

Hinsichtlich der bevorstehenden Beratungen verweist er auf die Bestimmungen des § 25 HGO und bittet bei Widerstreit der Interessen, dies spätestens bei Aufruf des jeweiligen Tagesordnungspunktes anzuzeigen und den Saal vor Beginn der Beratung zu verlassen.

## **TOP 1      Protokoll vom 19. Juni 2007**

Herr Peter Selle (WIR-Fraktion) regt an, dass zukünftig in den Protokollen das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen festgehalten wird. Herr Schork (CDU-Fraktion) erwidert, dass dies in der Geschäftsordnung geregelt sei und empfiehlt der WIR-Fraktion einen entsprechenden Änderungsantrag.

*Dem Protokoll wird mit 8 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.*

## **TOP 2      Bericht des Magistrats**

Bürgermeister Gerald Kummer berichtet folgendes:

### **1. Dienstvereinbarung über die Durchführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements**

Zwischen Magistrat und Personalrat wurde eine Dienstvereinbarung zur Einführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements abgeschlossen, die ab 01. Oktober in Kraft treten wird. Die DV gilt für Mitarbeiter/innen, die innerhalb eines Jahres (nicht Kalenderjahres) länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig sind. Es wird damit das Ziel verfolgt, die Arbeitsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern und wiederherzustellen, sowie einer erneuten Arbeitsunfähigkeit vorzubeugen. In Gesprächen und mit Beteiligung der Interessenvertretung sollen individuelle Wege für eine Eingliederung von Kranken in den Arbeitsprozess erarbeitet werden. Die Dienstvereinbarung regelt die Maßnahmen und die Herangehensweise im Detail; ein Eingliederungsmanagement baut auf der Einwilligung des jeweiligen Mitarbeiters auf.

### **2. Dienstvereinbarung über den Einsatz von Bildschirmgeräten und die Arbeitsbedingungen an Bildschirm-Arbeitsplätzen**

Die seit 1988 gültige Dienstvereinbarung wird im Einvernehmen mit dem Personalrat am 31. August außer Kraft treten. Die Regelungen in einer DV ist mittlerweile durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen (Arbeitsschutzgesetz und Bildschirmarbeitsverordnung) hinfällig geworden.

**3. Hausordnung für alle städtischen Gebäude**

Der Magistrat hat für alle städtischen Gebäude und Einrichtungen eine Hausordnung beschlossen. Wesentliche Neuerung ist ein generelles Rauchverbot in allen Häusern, mit Ausnahme von Wohngebäuden. In Kindertagesstätten gilt das Rauchverbot auch für den Außenbereich des Geländes. Die Hausordnung wurde durch Aushang bekannt gemacht, ist im Internet abrufbar und wird bei einzelnen Vermietungen von Hallen u.ä. mit dem Mietvertrag ausgehändigt.

**4. Betriebsleitung der Stadtwerke**

Mittlerweile wurde die im Rathaus beschäftigte Diplom-Ingenieurin Saskia Kirsch zur alleinigen Leiterin der Stadtwerke (ehemals Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung und Energieerzeugung) bestellt. Als ihre Stellvertreter fungieren seit 01.07.07 für den technischen Bereich der Leiter der Zentralkläranlage Walter Hess und für den kaufmännischen Bereich die Mitarbeiterin der Buchhaltung, Petra Ullrich.

**5. Klageverfahren gegen den Planfeststellungsbescheid in Sachen Sanierung des rechten Sandbachdeiches in den Gemarkungen Erfelden und Goddelau**

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer Sitzung am 8. Februar eine vorsorgliche Klage gegen den Planfeststellungsbescheid des RP Darmstadt beschlossen. Mittlerweile konnte in Verhandlungen mit dem Land Hessen eine Einigung erzielt werden. Einerseits wurde ein Nachweis erbracht, dass im Falle eines Hochwassers die von der Stadt Riedstadt befürchtete Aufschwemmung der Abwasserleitungen nicht erfolgt. Andererseits hat das Land Hessen sich verpflichtet, die ggf. anfallenden Mehraufwendungen im Hochwasserfalle zu übernehmen. Nach dem gerichtlichen Vergleich konnte die Klage zurückgenommen werden.

**6. Klageverfahren gegen Auflagen und Bedingungen im Genehmigungsbescheid des Planfeststellungsverfahrens zum Kiesabbau Crumstadt**

Auch hier hatte die Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni einer vorsorglichen Klageerhebung zugestimmt. Im Vorfeld einer ausführlichen Klagebegründung fand eine Besprechung im Regierungspräsidium Darmstadt statt, bei der die strittigen Punkte (Zufahrt zum Gelände u.a.) einvernehmlich geregelt werden konnten. Sobald die schriftliche Genehmigung vorliegt, soll auch diese Klage zurückgenommen werden.

**7. Forderung nach Kostenersatz für die Einführung der Doppik ggüb. dem Land Hessen (Konnexitätsprinzip)**

Die auch von Riedstadt aufgeworfene Frage, ob die Reform des Gemeindehaushaltsrechts das Land nach Artikel 137 Abs. 6 des Hessischen Verfassung zum Ausgleich der den Kommunen dadurch entstehenden Kosten verpflichtet, ist weiterhin strittig. Bei einem Gespräch am 14. Mai zwischen der Vertretern des Finanzministeriums und der kommunalen Spitzenverbände sowie des Innenministeriums konnte kein Einvernehmen erreicht werden. Der Vertreter des Hessischen Städte- und Gemeindebundes kündigte die Übersendung eines Rechtsgutachtens an, das die Ausgleichsverpflichtung des Landes bestätigen würde. Im übrigen bestünde die Absicht, die Angelegenheit der Finanzausgleichskommission vorzulegen. Aus dem Innenministerium kam nun die Mitteilung, wonach das angekündigte Rechtsgutachten geprüft und die Gespräche fortgesetzt werden sollen. „Vor diesem

Hintergrund sollte zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden“, schreibt der zuständige Mitarbeiter des Innenministeriums abschließend

#### **8. Feldwegeverbindung zwischen Goddelau und Wolfskehlen**

Aufgrund eines SPD-Antrages hatte die Stadt-verordnetenversammlung im März einstimmig beschlossen, in Verhandlungen mit dem Amt für Bodenmanagement Darmstadt ein Vorziehen des Endausbaus des Feldwegeabschnitts 142/143 zu erreichen. Mit der Flurbereinigungsbehörde wurde daraufhin vereinbart, dass der landwirtschaftliche Weg zwischen den Gewerbegebieten Goddelau und Wolfskehlen noch in diesem Jahr hergestellt wird und die Stadt ihren Anteil, der im nächsten Jahr fällig wäre, noch in diesem Jahr zahlt. Nach dem Haushaltsbeschluss war es nun möglich, diesen finanziellen Anteil zu bezahlen und der Weg (der auch als Radweg nutzbar ist) ist mittlerweile fertig gestellt.

Herr Schork (CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf den schriftlich vorgelegten Bericht des Magistrats über den Haushaltsplanvollzug gemäß § 28 GemHVO-Doppik und die hierin festgestellten Budgetüberschreitungen. Auf Nachfrage erklärt der Bürgermeister, dass bislang noch keine Haushaltsgenehmigung des Landrates für 2007 vorliege, dies aber in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Die Stadtverordnetenversammlung werde sodann informiert.

#### **TOP 3      Anzeigen nach § 26 a HGO                  Bericht des Stadtverordnetenvorstehers**

Stadtverordnetenvorsteher Werner Amend erklärt, dass zwischenzeitlich von allen Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung die schriftlichen Erklärungen nach § 26 a HGO vorliegen und heute Abend oder im Parlamentsbüro eingesehen werden können.

#### **TOP 4      Vorbereitung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am                  30. August 2007**

#### **TOP 3 - DS-VIII-129/07 Bebauungsplan „Solarpark Riedstadt – Auf den acht Morgen“**

Bürgermeister Kummer erläutert, dass sich die Vorlage der Beschlussempfehlung verzögern wird. Er kündigt an, dass es zur Sache eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung geben soll. Eine Terminabsprache im Ältestenrat soll am Rande der kommenden Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

**TOP 4 - DS-VIII-130/07**

**Baugebiet „Auf dem Sand“ im Stadtteil Crumstadt**

**hier: Anordnung der Baulandumlegung**

*Der Vorlage wird mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.*

**TOP 5 - DS-VIII-131/07**

**3. Änderungssatzung zur Abfallsatzung der Stadt Riedstadt**

*Der Vorlage wird mit 6 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.*

**TOP 6 – DS-VIII-132/07**

**Regionalplan Südhessen**

**hier: Stellungnahme der Stadt Riedstadt**

Für die GLR / SPD-Koalition liegt folgender Änderungsantrag vor (betr. Windenergie):

„Antrag 6 der Stellungnahme der Stadt Riedstadt zum Entwurf des Regionalplans Südhessen 2007 (Seiten 11/12) wird ersatzlos gestrichen.“

*Dem Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.*

*Der so geänderten Vorlage wird mit 6 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimme zugestimmt.*

**TOP 7 – DS-VIII-133/07**

**Empfehlungen der Kommission Sportentwicklung in Riedstadt**

Nach längerer Diskussion wird folgende Formulierung zur Abstimmung vorgeschlagen:

„Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die vorliegenden Empfehlungen der „Kommission Sportentwicklung in Riedstadt“ und die überarbeitete Version des Kurzberichtes „Kommunale Sportentwicklung in Riedstadt“. Der Magistrat wird beauftragt, auf dieser Basis weiterzuarbeiten und soweit erforderlich die notwendigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Über die Fortentwicklung ist einmal jährlich zu berichten.“

*Der so geänderten Vorlage wird mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt..*

**TOP 8 – DS-VIII-134/07**

**Jahresabschluss 2006 der Stadtwerke Riedstadt (vormals „Eigenbetrieb  
Abwasserbeseitigung und Energieerzeugung“)**

**hier: Lage und Prüfbericht**

*Der Vorlage wird mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.*

**TOP 9 – DS-VIII-135/07**

**Aufhebung der Stellenbesetzungssperre in Einzelfällen**

**hier: Einstellung einer Erzieherin**

*Der Vorlage wird mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.*

**TOP 10 – DS-VIII-136/07**

**Dorferneuerung Crumstadt**

**hier: Freiflächengestaltung im Bereich des alten Rathauses und der alten Schule /  
Übernahme zusätzlicher Kosten**

*Der Vorlage wird mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.*

**TOP 11.1. – DS-VIII-137/07**

**Genehmigung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gemäß  
§ 114 g Abs 1 HGO i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung**

**hier: Produkt 01016300 (Arbeitssicherheit)**

Herr Schork (CDU-Fraktion) möchte bis zur Sitzung am Donnerstag Auskunft über die bisher verausgabten Finanzmittel und die Auswirkungen des Deckungsvorschlages.

*Der Vorlage wird mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt.*

**TOP 11.2. – DS-VIII-138/07**

**Genehmigung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gemäß  
§ 114 g Abs 1 HGO i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung**

**hier: Produkt 012010100 (Bau und Unterhaltung von Straßen, Wege, Plätze / Endausbau  
„Am hohen Weg“ Goddelau)**

*Der Vorlage wird mit 8 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.*

**TOP 12 – DS-VIII-114/07**

**Erweiterung des Kiesabbaus in der Gemarkung Crumstadt**

**hier: Bodenbevorratung**

Hierzu legt die GLR-/SPD-Koalition einen Ergänzungsantrag vor:

„Nach.... ganz oder teilweise aus eigenen Mitteln zu finanzieren wird folgender Satz angefügt:  
Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Abbauunternehmen spätestens ab 2010 eine vertragliche  
Mindestjahrespacht von 200.000 € zu vereinbaren.“

*Der Änderungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.*

*Der so ergänzten Vorlage wird mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.*

**TOP 13.1.– DS-VIII-139/07**

**Antrag der CDU-/GLR-/SPD-Fraktionen zur Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe  
Ortskerngestaltung Wolfskehlen**

Die Antragsteller legen eine Neufassung ihres gemeinsamen Antrages mit folgendem Wortlaut vor:

„Die Ergebnisse des Arbeitskreises Ortskerngestaltung Wolfskehlen wurden bislang nur dem Magistrat und von diesem den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt. Um allen Stadtverordneten die Möglichkeit zu geben, die Pläne kennenzulernen, beantragen wir, diesen die Unterlagen bis Ende September zur Verfügung zu stellen. Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung werden gebeten, ihre Vorstellungen zur Umsetzung der Pläne in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. November 2007 einzubringen. Dort soll dann eine Prioritätenliste erarbeitet und beschlossen werden. Entsprechende Mittel hierfür wurden bereits in den Haushalt, bzw. den Investitionsplan eingestellt.

Parallel wird der Arbeitskreis Ortskerngestaltung Wolfskehlen gebeten, die Pläne noch auf den neuesten Stand der Entwicklungen (Umwandlung der Gernsheimer Straße von einer Kreis- zur Gemeindestraße) zu bringen, bzw. die Pläne unter diesen Voraussetzungen zu diskutieren.“

*Dem so geänderten Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.*

Außerdem besteht Konsens im Ausschuss, die für 13. September geplante Anliegerversammlung für die Anwohner der Heinrich.-Heine-Straße dazu zu nutzen, die Ergebnisse des Arbeitskreises zu diskutieren. Weiter soll der Sprecher des Arbeitskreises als Sachkundiger in den Umwelt-, Bau- und Verkehrsausschuss eingeladen werden.

Bis zur Sitzung am Donnerstag soll ein entsprechend ergänzter Antragstext zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

**TOP 13.2.– DS-VIII-139/07**



zur Sitzungsniederschrift der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsschusses am  
28. August 2007

---

**Prüfantrag der CDU-/GLR-/SPD-Fraktionen zur Entwicklungs- und  
Finanzierungsmöglichkeit des Areals „Altes Rathaus“ und „Dreieck Kirchplatz“ in  
Wolfskehlen**

Patrick Fiederer (SPD-Fraktion) erklärt für die GLR-/SPD-Koalition, dass der Antrag zurückgezogen wird. Herr Schork (CDU-Fraktion) erklärt unter Hinweis auf die Geschäftsordnung, dass der Tagesordnungspunkt damit nicht weiter behandelt werden kann.

**TOP 5      Anfragen**

Herr Schork (CDU-Fraktion) erkundigt sich, ob es aufgrund der technischen Probleme in der Finanzbuchhaltung zu Verzögerungen der Haushaltsaufstellung für 2008 kommen wird. Bürgermeister Kummer gibt Erläuterungen.

Weiter erklärt Herr Schork (CDU-Fraktion), dass nach seinen Informationen bei der „Expo Real“, der größten Messe zur Vermarktung von Gewerbeflächen und Gewerbeimmobilien, der Kreis Groß-Gerau und die Gemeinde Biebesheim präsent sein werden. Er fragt, warum Riedstadt bei dieser Messe in München nicht vertreten ist. Außerdem möchte er wissen, ob die Hessische Landgesellschaft bzw. die Kommunalentwicklung (Gewerbepark RIED) dort Standortmarketing betreiben werden. Bürgermeister Kummer erläutert, dass nach seinem Kenntnisstand die Stelle für Wirtschaftsförderung beim Kreis Groß-Gerau vor Ort sein wird und alle Kommunen vertritt. Er will die Fragen klären.

Wegen der aktuellen Straßensperrung der Friedrich-Ebert-Straße in Crumstadt regt Herr Schork weiter an, zukünftig in solchen Fällen andere Regelungen für eine Umleitungsstrecke zu prüfen (Einbahnstraßenregelung). Außerdem empfiehlt er in diesem Zusammenhang, dass jetzt aktuell verstärkt Radarkontrollen in der Friedhofstraße durchgeführt werden.

Der stellvertretende Vorsitzende Mathias Dey schließt die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 21.35 Uhr.

Riedstadt, den 22. September 2007

(stellv. Vorsitzender)

(Schriftführer)